

Parkdruck in Bingerbrück bleibt Thema

Stadtrat stimmt für Planung der sogenannten Auskragung / FWG setzt sich mit Antrag durch

Von Helena Sender-Petry

BINGEN . Wer glaubte, die Anträge der Fraktionen zum Thema Parkplatzprobleme in Bingerbrück würden im Paket in den Fachausschuss verwiesen, der irrte sich gewaltig. Auch deshalb, weil es im Grunde wenig Neues aufs Papier gebracht wurde.

Grundsätzlich herrscht Konsens, dass die Situation im Stadtteil gelinde gesagt suboptimal ist und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss. Deshalb regte die SPD eine Arbeitsgruppe an. Auch die Idee der CDU, den Park&Ride Parkplatz an den Bahngleisen mittels Parkdeck auf zwei Ebenen zu ertüchtigen, wurde längst diskutiert. Und die Grünen blieben dabei, dass nur ein gerechter Interessenausgleich die Parkraumbewirtschaftung in Bingerbrück voranbringen werde. Zudem sei es auch nicht mehr einzusehen, dass Parkraum grundsätzlich kostenlos zur Verfügung stehe. Für die Grünen entwickelt deshalb ein kostenpflichtiges Anwohnerparken ungemein viel Charme. Die FWG indes richtete den Fokus konzentriert auf die sogenannte Auskragung im nördlichen Teil der Koblenzer Straße, eine Option, die der Landesbetrieb Mobilität (LBM) selbst in planerische Spiel gebracht hatte. Also eine Art Betonteller an der Stützwand zur Bahnlinie. Das würde Platz für rund 40 Autos schaffen. Nein, mit einer Verweisung in den Fachausschuss wollte sich FWG-Fraktionssprecher Wolfgang von Stramberg nicht zufriedengeben. Er bestand auf einer Abstimmung, auch weil die Kosten von geschätzten 400.000 Euro „überschaubar sind“. Aus seiner Sicht wäre es eine Chance, endlich „ein Stück weiterzukommen“.

Botschaft ist klar: „LBM braucht ein Votum“

Die wild entschlossene FWG auszubremsen, gelang nicht. Auch Michael Hüttners (SPD) Vorschlag, alle Anträge gemeinsam im Mai oder Juni zu diskutieren und dann abzustimmen, fruchtete nicht. Schließlich beantragten die Sozialdemokraten eine Sitzungsunterbrechung, um zu klären, wie mit dem FWG-Antrag umzugehen sei. Das Ergebnis war durchaus überraschend, Hüttner teilte mit, dass der Fraktion die Abstimmung freigestellt sei, weil die Genossen „verschiedene Auffassungen“ hätten. Zuvor hatte Bauamtsleiterin Dagmar Leitner fast schon entrüstet klargestellt, dass es unmöglich sei, bis zur nächsten und auch nicht zur übernächsten Sitzung des Planungsausschusses belastbare Ergebnisse zu liefern. „Der LBM untersucht es gar nicht aktuell. Die Botschaft war, dass es für ein Bodengutachten Zeit braucht.“ Leitners Fazit: „Der LBM braucht ein Votum.“ Das war wiederum Wasser auf die FWG-Mühlen:

„Also ist es richtig, jetzt zu entscheiden“, sah sich von Stramberg bestätigt. Die CDU konnte sich zusehends mit der Abstimmung anfreunden, schließlich könnte der LBM im Zuge einer Planung konkrete Kosten für die Auskragung ermitteln. Einen Freibrief wollten die Christdemokraten nicht ausstellen, genauso wenig wie die SPD, die FDP und auch die FWG. Von Stramberg: „Wir reden nicht ohne Grund von 400.000 Euro. Das doppelte oder dreifache dieser Summe wäre auch für uns nicht akzeptabel.“ Er wolle eine Grundsatzentscheidung und „keinen ideologischen Tanz tanzen“. Die Grünen blieben dabei, mit der Auskragung würden wieder Nutzer von kostenlosen Parkplätzen von der Allgemeinheit unterstützt. So war es nur logisch, dass die Grünen, wie auch einige Fraktionsmitglieder der SPD und das Ratsmitglied der Linken, gegen den FWG-Antrag stimmten, der mit Mehrheit den Stadtrat passierte.

Büdesheim als Vorbild für Nutzung der Alten Schule

Welche Zukunft hat die Alte Schule in Dietersheim? Die Feuerwehr hat sich aufgelöst und somit stehen deren Räume leer. Nach wie vor nutzt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) das Obergeschoss, und auch der „Chorwurm“ probt hier regelmäßig. Doch nicht nur die CDU ist davon überzeugt: Da geht mehr. Auch Oberbürgermeister Thomas Feser fand die Idee gut, das Gebäude Vereinen und den Menschen im Stadtteil zur Verfügung zu stellen - für Hochzeiten, Geburtstagsfeiern oder Trauerkaffee. Zumal die Alte Schule erst vor wenigen Jahren für 145.000 Euro saniert worden war. „Vorbild für die Nutzungsmöglichkeiten und die Organisation der Räume wäre zum Beispiel das Alte Rathaus in Büdesheim“, verdeutlichte Peter Marxen (CDU) das angedachte Konzept. Feser schlug vor, dass die AWO eventuell nach unten zieht, „darüber sollten wir reden“. Auch deshalb, weil die AWO einen Treppenlift wünscht, den die Stadt bezahlen soll, die laut Feser „dazu nicht wirklich bereit ist“. Knackpunkt an der Sache ist, dass die AWO einen „Umzug“ ablehnt, was Bürgermeister Ulrich Mönch (CDU) einräumte. Roland Böse (Grüne) vertrat die Ansicht, dass alle Räume grundsätzlich für alle Nutzer zugänglich sein sollten. Des Weiteren plädierte er für ein transparentes Buchungssystem, wie es viele Städte für ihre Bürgerhäuser schon nutzten. Unterm Strich waren sich alle mit Blick auf die Alte Schule in Dietersheim einig, das Votum war einstimmig.